



018512/EU XXV.GP
Eingelangt am 25/03/14

**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**



7195/14

(OR. en)

PRESSE 113
PR CO 12

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3299. Tagung des Rates

Verkehr, Telekommunikation und Energie

Brüssel, 4. März 2014

Präsident **Ioannis MANIATIS**
Minister für Umwelt, Energie und Klimawandel

P R E S S E

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026
press.office@consilium.europa.eu <http://www.consilium.europa.eu/press>

7195/14

1
DE

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

*Der Rat führte eine öffentliche Orientierungsaussprache über die Mitteilung der Kommission über **Energiepreise und -kosten** in Europa. Die Minister wiesen erneut auf die Bedeutung der Vollendung des Energiebinnenmarktes bis 2014 hin, ebenso wie auf die Notwendigkeit der Weiterentwicklung von neuen Energieinfrastrukturen, um EU-weit eine kontinuierliche Energieversorgung zu erschwinglichen Preisen sicherzustellen. Die Minister hoben ferner hervor, dass Privathaushalte und Unternehmen auch weiterhin ihren Energieverbrauch senken müssen, indem sie ihre Energieeffizienz steigern und mehr Energie sparen. Des Weiteren betonten die Minister, wie wichtig die Schaffung von gleichen Wettbewerbsbedingungen auf dem Weltenergiemarkt ist, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu stärken und den wachsenden Preisunterschied zu Wettbewerbern aus Drittländern zu verringern.*

*Der Rat führte auch eine öffentliche Orientierungsaussprache aus energiepolitischer Sicht über eine Mitteilung der Kommission über den **Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030**, um die Komplementarität mit der Orientierungsaussprache des vorangegangenen Tages im Rat (Umwelt) zu gewährleisten. Die Minister betonten insbesondere, dass mit der künftigen Klima- und Energiepolitik ein ausgewogenes Verhältnis zwischen verschiedenen Zielvorgaben angestrebt werden sollte: Nachhaltigkeit und glaubwürdige Wege zu einer CO₂-armen Wirtschaft und zugleich eine Energie zu erschwinglichen Preisen, sichere Energiesysteme und europäische Wettbewerbsfähigkeit. Sie sprachen ebenfalls der Kommission Unterstützung für ihr Bestreben aus, künftige klima- und energiepolitische Ziele auf möglichst kosteneffiziente Weise zu erreichen.*

INHALT¹

TEILNEHMER	4
-------------------------	----------

ERÖRTERTE PUNKTE

ENERGIE	6
----------------------	----------

Energiepreise und -kosten in Europa	6
---	---

Der Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030	8
---	---

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

keine

¹

- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
- Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
- Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

TEILNEHMER**Belgien:**

Olivier BELLE

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Bulgarien:

Dragomir STOYNEV

Minister für Wirtschaft und Energie

Tschechische Republik:

Jan MLÁDEK

Minister für Industrie und Handel

Dänemark:

Rasmus HELVEG PETERSEN

Minister für Klima, Energie und Bauwesen

Deutschland:

Sigmar GABRIEL

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Estland:

Clyde KULL

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Irland:

Pat RABBITTE

Minister für Kommunikation, Energie und
Naturressourcen**Griechenland:**

Konstantinos MATHIOUDAKIS

Generalsekretär, Ministerium für Umwelt, Energie und
Klimawandel

Ioannis MANIATIS

Minister für Umwelt, Energie und Klimawandel

Spanien:

José Pascual MARCO MARTINEZ

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Frankreich:

Philippe MARTIN

Minister für Ökologie, nachhaltige Entwicklung und
Energie**Kroatien:**

Ivan VRDOLJAK

Minister für Wirtschaft

Italien:

Claudio DE VINCENTI

Staatssekretär für Wirtschaftsentwicklung

Zypern:

Stelios D. HIMONAS

Staatssekretär, Ministerium für Energie, Handel, Industrie
und Tourismus**Lettland:**

Juris ŠTĀLMEISTARS

Stellvertreter des Ständigen Vertreters

Litauen:

Jaroslav NEVEROVIČ

Minister für Energie

Luxemburg:

Etienne SCHNEIDER

Vizepremierminister, Minister für Wirtschaft, Minister für
innere Sicherheit, Minister der Verteidigung**Ungarn:**

Pál KOVÁCS

Staatssekretär für Klimawandel und Energie, Ministerium
für nationale Entwicklung**Malta:**

Konrad MIZZI

Minister für Energie und Wasserwirtschaft

Niederlande:

Henk KAMP

Minister für Wirtschaft

Österreich:

Reinhold MITTERLEHNER

Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und
Wirtschaft**Polen:**

Andrzej DYCHA

Unterstaatssekretär, Ministerium für Wirtschaft

Portugal:

Jorge MOREIRA DA SILVA

Minister für Umwelt, Raumplanung und Energie

Rumänien:

Maricel POPA

Staatssekretär, Ministerium für Wirtschaft

Slowenien:

Bojan KUMER

Staatssekretär, Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung

Slowakei:

Dušan PETRÍK

Staatssekretär, Ministerium für Wirtschaft

Finnland:

Marja RISLAKKI

Staatssekretärin, Ministerium für Beschäftigung und Wirtschaft

Schweden:

Anna-Karin HATT

Ministerin für Informationstechnologie und Energie

Vereinigtes Königreich:

Edward DAVEY

Minister für Energie und Klimawandel

Kommission:

Günther OETTINGER

Mitglied

ERÖRTERTE PUNKTE

ENERGIE

Energiepreise und -kosten in Europa

Der Rat führte eine öffentliche Orientierungsaussprache über die Mitteilung der Kommission "Energiepreise und -kosten in Europa" auf der Grundlage von drei vom griechischen Vorsitz vorgeschlagenen Fragen ([6524/14](#)).

Zum Abschluss der Aussprache hielt der Vorsitz fest, dass die Minister

- die Mitteilung der Kommission "Energiepreise und -kosten in Europa" begrüßten und breite Zustimmung zu den in dieser Mitteilung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Senkung der Energiekosten äußerten, wobei sie feststellten, dass nicht alle Maßnahmen für jeden Mitgliedstaat relevant sind;
- nochmals auf die Bedeutung der Vollendung des Energiebinnenmarktes bis 2014 hinwiesen, ebenso wie auf die Notwendigkeit der Weiterentwicklung von neuen Energieinfrastrukturen, um in ganz Europa eine kontinuierliche Energieversorgung zu erschwinglichen Preisen zu sichern, besonders für schutzbedürftige Verbraucher;
- die Bedeutung eines stark regional ausgerichteten Konzepts hervorhoben;
- ferner hervorhoben, dass Privathaushalte und Unternehmen auch weiterhin ihren Energieverbrauch durch eine Steigerung der Energieeffizienz senken müssen;
- anerkannten, dass die Unterschiede zwischen Großhandels- und Endkundenpreisen zwar weitere Aufmerksamkeit erfordern, dass sie allerdings in gewissem Umfang durch die jeweiligen Gegebenheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten bedingt sind. Außerdem sollte auch der Anstieg der internationalen Energiepreise als ein wichtiger Faktor in diesem Zusammenhang gesehen werden;
- ihre breite Zustimmung dazu ausdrückten, dass Arbeiten zum Vergleich der Netzkosten und -praxis notwendig sind, um eine europäische Vereinheitlichung zu erreichen, wobei aber die nationalen Gegebenheiten bei der Ermittlung bewährter Verfahren entsprechend berücksichtigt werden müssen;
- es als wichtig erachteten, die Flexibilität in Bezug auf staatliche Beihilfen zu bewahren, welche in Einklang mit unseren Zielen in den Bereichen Energie- und Wettbewerbsfähigkeit stehen sollten;

- betonten, wie wichtig die Schaffung von gleichen Wettbewerbsbedingungen auf dem Weltenergiemarkt ist, um dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu stärken und den wachsenden Preisunterschied zu Wettbewerbern aus Drittländern zu verringern;
- unterstrichen, dass die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und die Senkung der Energiekosten auch dem sozialen Zusammenhalt in den Mitgliedstaaten dienen und zum Erhalt von Arbeitsplätzen und zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen. Die Steigerung der Energieeffizienz hilft schutzbedürftigen Verbrauchern, begünstigt die Bauwirtschaft und trägt zu unseren Klimaschutzziele bei.

Der Vorsitz wird den Präsidenten des Europäischen Rates im Hinblick auf die Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 20./21. März 2014 über die Beratungsergebnisse der Minister unterrichten. Die Ergebnisse der Aussprache werden auch in den Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates einfließen, der auf der Tagung des Rates (Verkehr, Telekommunikation und Energie (Bereich Energie)) am 13. Juni 2014 zur Annahme vorgelegt werden soll.

Die Mitteilung der Kommission [5599/1/14 REV 1](#) wurde am 22. Januar vorgelegt auf Ersuchen des Europäischen Rates vom Mai 2013 (*EUCO 75/1/2013, Seite 5*), der die Kommission aufgefordert hatte, eine Untersuchung über die Zusammensetzung der Energiepreise und -kosten in den Mitgliedstaaten sowie über die diese Preise und Kosten bestimmenden Faktoren vorzulegen. Die Mitteilung stellt diese Untersuchung vor und soll den politischen Entscheidungsträgern helfen, die Hintergründe der jüngsten Preissteigerungen, deren Einfluss auf die Energieverbraucher und die politischen Auswirkungen zu verstehen.

Themenschwerpunkte der Mitteilung sind die Strom- und Gaspreise und -kosten einschließlich ihrer Folgen für den Zugang der Bürger zu stabilen und erschwinglichen Energiepreisen und für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit in der EU. Da es weltweit keine erheblichen Unterschiede zwischen den Öl- und Gaspreisen gibt, sind diese Sektoren in der Mitteilung nicht spezifisch erfasst. Der Mitteilung zufolge setzt sich der Preis, den Verbraucher für Strom und Gas bezahlen, aus den folgenden drei Komponenten zusammen: Energiepreise (Groß- und Endkundenpreise), Netzkosten (Übertragungs- und Verteilungskosten) sowie Steuern und Abgaben (allgemeine oder spezifische Abgaben). In der Mitteilung wird darauf hingewiesen, dass die Preise – und vor allem die Kosten – sowohl für die Privathaushalte als auch für die Industrie trotz eines unveränderten oder sogar verringerten Verbrauchs insgesamt weiterhin gestiegen sind.

Der Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030

Der Rat führte eine öffentliche Orientierungsaussprache über die Mitteilung der Kommission über den Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030. Der Vorsitz schlug zur Strukturierung der Aussprache drei Fragen ([6520/14](#)) aus energiepolitischer Sicht vor, um die Komplementarität mit der Orientierungsaussprache des vorangegangenen Tages im Rat (Umwelt) zu gewährleisten.

Zum Abschluss der Aussprache wies der Vorsitz insbesondere auf Folgendes hin:

- Die zukünftige Klima- und Energiepolitik sollte ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Zielvorgaben anstreben: einerseits Nachhaltigkeit und einen glaubwürdigen Weg zu einer CO₂-armen Wirtschaft, andererseits Energie zu erschwinglichen Preisen, sichere Energiesysteme und Wettbewerbsfähigkeit.
- Es werden Forderungen laut nach einem integrierten und kohärenten politischen Konzept sowie danach, die zukünftigen klima- und energiepolitischen Zielvorgaben auf möglichst kosteneffiziente Weise zu erreichen.
- Flexibilität ist dabei das Schlüsselwort, um es den Mitgliedstaaten zu ermöglichen, den Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft entsprechend ihren nationalen Gegebenheiten, ihrem bevorzugten Energiemix und Erwägungen der Energieversorgungssicherung zu vorzunehmen.
- Die künftigen Vorschriften über staatliche Beihilfen sollten die Flexibilität, die erforderlich ist, um die klima- und energiepolitischen Zielvorgaben auf effiziente Weise zu erreichen, nicht beeinträchtigen.
- Es besteht ein breiter Konsens darüber, dass ein glaubwürdiges Ziel für die Senkung der Treibhausgasemissionen, das mit den Perspektiven der EU bis 2050 im Einklang steht, ein Kernbestandteil eines neuen Politikrahmens bis 2030 sein sollte: Die Meinungen gehen allerdings auseinander, ob dies der Kernbestandteil schlechthin sein soll oder aber eine Zielvorgabe zusammen mit frischen Impulsen für erneuerbare Energiequellen und Energieeffizienz.
- Es muss eine gerechte Lastenverteilung zwischen Mitgliedstaaten und Sektoren erreicht werden.
- Hervorgehoben wurden die Bedeutung der erneuerbaren Energiequellen für nachhaltigere und wettbewerbsfähigere Energiesysteme sowie die Herausforderungen, die durch die Integration der erneuerbaren Energiequellen in den Handel zu Marktbedingungen entstehen.
- Betont wurde, dass ein wirklich integrierter EU-Energiemarkt mit entsprechender Energieinfrastruktur und Verbundnetz – auch für isolierte Gebiete – auf der Grundlage eines stark regional ausgerichteten Konzepts erreicht werden muss.

- Eine größere Energieeffizienz muss eine Schlüsselrolle in dem Politikrahmen bis 2030 spielen. Die Mitgliedstaaten warten daher die Prüfung der Kommission hinsichtlich der Fortschritte bei den Energieeffizienzzielen für die Zeit bis 2020 ab und erhoffen sich Klarheit über etwaige künftige Initiativen der Kommission.
- Vorschläge für ein neues Governance-System müssen weiter geprüft werden; die angekündigte Flexibilität für die Mitgliedstaaten bei der Gestaltung ihrer Politik entsprechend ihres Bedarfs, ihrer Kosteneffizienz und ihrer Fähigkeiten wird begrüßt; das Recht der Mitgliedstaaten, ihren Energiemix selbst zu bestimmen, wurde hervorgehoben.
- Mit der Festlegung von Indikatoren schließlich könnte ein Politikrahmen bis 2030 besser in den energiepolitischen Zielvorgaben verankert werden, indem mehr Gewicht auf Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit gelegt wird; ihre genaue Rolle und praktische Funktion müssen jedoch noch eingehender untersucht werden.

Der Vorsitz wird dem Präsidenten des Europäischen Rates im Hinblick auf die Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 20./21. März 2014 über die Ergebnisse der Aussprache berichten.

In der am 22. Januar vorgelegten Mitteilung ([5644/1/14 REV 1](#)) schlägt die Kommission einen Politikrahmen für die künftige EU-Energie- und Klimapolitik vor und möchte damit auch einen Prozess anstoßen, um zu einem gemeinsamen Verständnis darüber zu gelangen, wie diese Politik künftig gestaltet werden soll.

Zu den wichtigsten Punkten des vorgeschlagenen Politikrahmens gehören:

- eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 40 % gegenüber den Werten von 1990, die ausschließlich durch EU-interne Maßnahmen zu erreichen ist (ohne Verwendung internationaler Gutschriften);
- ein Anteil der erneuerbaren Energien von mindestens 27 % am Energieverbrauch, wobei die Mitgliedstaaten bei der Festlegung der nationalen Ziele über einen gewissen Spielraum verfügen;
- die Energieeffizienz als Kernelement des Politikrahmens bis 2030; die Energieeffizienzrichtlinie wird im Laufe des Jahres 2014 überprüft.

Die Kommission skizziert auch ein neues Governance-System, das sich auf nationale Pläne für wettbewerbsorientierte, sichere und nachhaltige Energie stützen soll, die von den Mitgliedstaaten auszuarbeiten sind. Darüber hinaus schlägt sie eine Reihe von Indikatoren vor, die dazu dienen sollen, den Fortschritt im Zeitverlauf zu beurteilen und damit eine faktengestützte Informationsgrundlage für mögliche politische Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE
